

(Joachim Esser)

Wir ziehen die Objektförderung der Subjektförderung vor – anders als Sie, Herr Nußbaum, wenn ich Sie in dem Interview richtig verstanden habe. Aber mit Ihren zehn Millionen im Doppelhaushalt, Ihren 60 Millionen in der Finanzplanung und Ihren 128 Millionen in Ihren Verpflichtungsermächtigungen kommen Sie da nicht weit, das zeigt doch schon der Vergleich mit den Milliardenbeträgen, die als Subjektförderung jährlich in die Marktmieten fließen. Ihre Wohnungspolitik ist ein Witz, wenn es dabei bleibt. Wir wollen deswegen – nicht, weil wir immer mehr wollen, wie Sie – 65 Millionen Euro jährlich in einen Fonds aus Haushaltsmitteln stellen und so einen Fonds in zehn Jahren von 650 Millionen Euro aufbauen, denn damit könnten wir in den nächsten zehn Jahren ein Wohnungsprogramm von gut 2 Milliarden Euro mit IBB-Mitteln entwickeln und ein Investitionsvolumen vielleicht von fast 4 Milliarden Euro auslösen.

[Zuruf von der SPD]

Zusammen mit den Maßnahmen, die die Wohnungsgesellschaften bereits beschlossen haben, soll das am Ende dazu führen, dass wir vielleicht 50 bis 60 000 Wohnungen mit tatsächlich langfristig gesicherten sozial verträglichen Mieten haben. Selbst das, das wissen alle hier im Saal, ist gemessen am Bedarf wenig, aber eben auch an der Grenze des in Berlin Machbaren, solange sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen nicht durchgreifend verändern und verbessern. In dem Sinne verabschiede ich mich jetzt in der Haushaltsberatung und hoffe in der Tat auch auf einen Wechsel in den Regierungsmehrheiten im Bund, der bei diesen und anderen haushaltsrelevanten Fragen behilflich sein wird.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Nur der Hinweis: Die Restredezeit für die Grünen beträgt 17 Sekunden. – Es spricht jetzt der Kollege Schneider für die SPD-Fraktion.

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen allen zu: Unsere Restredezeit wird etwas länger sein. – Herr Kollege Esser! Ich fand es schon beeindruckend, dass Sie mehr als die Hälfte Ihrer Rede auf die Allgemeinplätze verwandt haben, bevor Sie überhaupt zum Haushalt selbst gekommen sind, aber geschenkt.

Ich will es wie folgt halten: Es liegt ein Senatsentwurf vor, der etwas Großes geleistet hat, denn er hat den Zensuschock aufgefangen und abgebildet, da hatten Sie alle Ihren Spaß, über strategische Reserven zu fabulieren. Ich sage, das war vorausschauende Politik, und das ist ein Markenkern der großen Koalition, insoweit vielen Dank an den Senat.

[Joachim Esser (GRÜNE): Wussten Sie,
was da kommt?]

– Aber diese Geschichte glauben Sie doch selber nicht, Herr Kollege Esser. Wir unter Fachleuten haben im Hauptausschuss genau mit Blick auf den Zensus doch diese strategische Vorausschau walten lassen. Wir haben uns da verabredet, daran wollen Sie sich jetzt nicht erinnern und tun so, als hätten Sie hier einen Skandal aufgedeckt. Entweder haben Sie da versagt, wenn Sie es dort nicht adressiert haben, oder Sie sagen hier nicht ganz die Wahrheit, das ist mir auch völlig egal. Ich halte diese Debatte einfach für Quatsch.

Nächster Punkt: Ich glaube, wir haben hier auch einen Haushalt erlebt, der genau das abbildet, was wir in der Gesamtheit wollen. Wir wollen vorausschauende Haushaltspolitik, die das übersteht, was auf uns zukommt, wenn all das nicht mehr in Rede steht, wenn der Länderfinanzausgleich sich verändert, wenn der Solidarpakt weg ist, wenn wir unsere Personalkosten fortschreiben – ich habe es schon in der letzten Rede zu diesem Thema gesagt –, wenn wir das jetzt nicht beginnen – nicht mit Sparen, sondern mit Vorsicht – und das umsetzen, was Sie, Herr Kollege Esser, jetzt aufgegeben haben. Sie waren doch mal ein Sparer, Sie waren doch mal ein Kritiker! Jetzt sind Sie nur noch einer, der sagt: Wir haben genug, und wir wollen ausgeben. Sie erwecken damit in der Stadt eine Erwartungshaltung, die sich strategisch nicht umsetzen kann.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Wenn das wahr wird, dann will ich mit Ihnen nie koalieren, Herr Kollege Esser!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Oliver Friederici (CDU): Bravo!]

Sie haben schlichtweg aufgehört, zur Stabilität beizutragen. Möglicherweise – ich kenne Ihre persönliche Lebensentscheidung nicht – ist das Ihre letzte Kampagne, und dann wollen Sie auch mal in die Möhre beißen.

[Heiterkeit]

Aber wir haben Verantwortung darüber hinaus, das ist doch der Fakt.

[Benedikt Lux (GRÜNE): So 'ne kleine Möhre!]

– Ich weiß, Ihre Möhren sind kleiner als unsere, das ist schon klar.

[Zurufe von den GRÜNEN und den PIRATEN]

Ich hoffe, dass wir jetzt nicht zu einer Gleichstellungskommission eingeladen werden.

Zum Haushalt selbst: Auch das ist alles kein Geheimnis. Nun kommen die Grünen um die Ecke mit einem Wohnungsbaufonds. Jetzt habe ich gehört, er soll im Jahr 65 Millionen Euro schwer sein. Das ist ja toll! Das ist eine sagenhafte Million mehr, als Rot-Schwarz schon längst verabredet hat. Ich finde das wirklich klasse, aber

(Torsten Schneider)

es nimmt Ihnen keiner mehr ab, dass Sie es erfunden haben, das muss man auch mal sagen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Und diese Chimäre, die Sie da vor sich hertragen, der Fonds sei nicht ausfinanziert! Das sehen wir auch. Wir sehen: Cash 10 Millionen Euro im Jahr 1915. Und wir sehen: Der Rest ist Verpflichtungsermächtigung. Klar, das ist eine politische Debatte, die wir an dieser Stelle führen, aber wir machen nicht den Fehler, jetzt zu sagen: 118 Millionen Euro kommen cash herein, Ende der Haushaltsberatung! – Das ist totaler Quatsch, was Sie da erzählen! So kann es doch gar nicht funktionieren, Herr Kollege Esser!

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Fakt ist: Wir werden uns da verständigen, wir werden uns da in die Augen schauen, und wir werden zu einer plausiblen Lösung kommen, zu einem Angebot, das die Stadt in allen anderen Politikbereichen nicht leer ausgehen lässt. Das ist doch die Aufgabe! Sonst könnten wir es gleich machen wie bei dem Volksentscheid vorhin: Schmalere Fokus, ein Politikfeld und dort maximale Verschuldung bei null öffentlicher Kontrolle. Venceremos, und dann ist der Rest abgeschaltet. Parlament für ein Einzelunternehmen ist Ihre Vision. Da können wir aber nicht mitmachen, Herr Kollege Esser!

[Joachim Esser (GRÜNE): Ich verstehe das jetzt so, dass Sie den Titel ändern werden!]

Wir können uns gerne bilateral vor der Tür darüber austauschen. Ich glaube, das überspannt jetzt die Geduld der Kolleginnen und Kollegen.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Ich habe klar gesagt, da haben wir Gesprächsbedarf, das ist verabredet, und da werden Sie vermutlich schon nächste Woche Ihr Waterloo erleben.

Nächster Punkt ist für uns die Strategie. Wir wollen keinen Schwerpunkt bei konsumtiven Aufwüchsen, aus Verantwortungsbewusstsein. Wir könnten es uns auch leicht machen und sagen: Beamte 3,5 Prozent. – Wer sind wir denn, dass wir das nicht wünschen und nicht wollen, aber wir sagen: So weit ist es nicht, so viel können wir nicht leisten. Deshalb müssen wir in der Regierungsverantwortung anders damit umgehen.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

– Sie haben 3 Prozent verkündet, das wird sich auf allen Ebenen nicht durchhalten lassen.

Wir sagen: Investiver Schwerpunkt, das ist doch das, wo wir hingucken müssen, und da sind wir doch ganz nah beieinander. Schulsanierung 64 Millionen Euro, da müssen wir nachlegen, darüber müssen wir reden.

[Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Zum dritten Mal vertagt!]

– Ja, weil wir mitten in den Haushaltsberatungen sind. Das unterscheidet uns von Ihnen. Na klar, das ist doch unser eigener Antrag. Ich kann Ihnen genau sagen, warum wir das vertagt haben: weil wir sehen, dass die Spielräume nicht mehr das hergeben, was war, bevor der Zins titel mit 200 Millionen Euro mehr als zuvor vom Senat selbst adressiert werden musste. Diese Spielräume hatten wir natürlich im Fokus und haben gedacht, da könnten wir mal schnell die Bezirke komplett freistellen, da könnten wir mal schnell unseren Wohnungsbaufonds und die anderen politischen Visionen, die wir hier diskutiert haben, komplett durchziehen. Aber so einfach geht das ganze Spiel nicht, weil wir es in die Gemengelage schieben müssen.

Tegel – ich sehe gerade den Kollegen Stroedter, er hat mich vorhin extra gebeten, hier vorne „Tegel“ zu sagen. Tegel ist eine Sache, bei der wir politischen Unterhaltungsbedarf haben. Kitasanierungsprogramm: 10 Millionen Euro. Und jetzt hoffe ich, um Gottes willen nichts zu vergessen. Ich will damit sagen, es gibt eine Vielzahl von Projekten, die wir in die politische Gewichtung bringen müssen. Wir können nicht einfach sagen: Wir wollen überall etwas drauf tun, und dann sind wir die Heilsbringer. So kann doch Politik nicht funktionieren.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Auch Ihre Kritik an der Verschuldung in unseren Landesbeteiligungen geht völlig an der Sache vorbei. Unsere Wohnungsbaugesellschaften schreiben eine schwarze Null nach Zinsdienst. Wir muten ihnen sicherlich nicht zu, diese Verschuldung unkontrolliert zu erhöhen. Aber wir sagen, sie müssen ihren Beitrag leisten. Und wir sagen ehrlicher Weise: weil wir es aus dem Haushalt nicht komplett heben können. Das ist Ehrlichkeit. Sie gaukeln vor, das könnte man alles aus dem Haushalt finanzieren.

[Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Nächster Punkt: Rekommunalisierung. Das habe ich heute schon so oft gehört: Stadtwerke-Rekommunalisierung. Was für ein Quatsch! Rekommunalisierung heißt zurückerwerben, zurückerlangen. Was wird denn da zurückerlangt? – Gar nichts, das wissen Sie auch alle. – Was ist mit der Rekommunalisierung und mit Ihrem Standpunkt dazu? Haben Sie da eine Haltung? Was ist, wenn wir hier beim nächsten Mal zum Wasser kommen? Haben Sie sich dann korrigiert, oder wollen Sie das mit uns zurückerwerben, für mehrere 100 Millionen Euro weniger, als wir damals verausgabt haben? Da will ich mal etwas hören von Ihnen. Da werden Sie wieder irgendeine Ausrede finden: zu teuer oder zu sehr aus dem Unternehmen finanziert. Das habe ich schon gehört. Ich sage: Klar werden wir es aus dem Unternehmen finanzieren, ich schließe doch dafür keine Kita!

[Zuruf von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Das ist doch Ihre Vision. So ein Quatsch!

(Torsten Schneider)

[Joachim Esser (GRÜNE): Dann ändert sich nichts am Wasserpreis!]

– Sicher, das ist auch so eine denkbare Ausrede! Ich sage: 400 Millionen Euro EBIT, das ist das Betriebsergebnis, wenn wir es zurückkaufen, und ich hoffe es sehr. Da können Sie die Wasserpreise noch zweimal senken, und ich habe als Haushälter immer noch ein großes Lächeln im Gesicht. Das ist die Wahrheit.

Ich will es jetzt nicht weiter in die Länge ziehen. Wir sind gerade am Beginn. Wir haben einen Senatsentwurf, den wir für plausibel halten. Wir haben einen Senatsentwurf, der die richtige Antwort gibt, weil er eben nicht diese allgemeinen Bestrebungen, dieses Laissez-faire hier durchgreifen lässt: Und da und dort noch ein bisschen!

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Laissez-faire!]

– Wenn wir uns auf diesem Niveau verständigen wollen, Herr Fraktionsvorsitzender – ich bin sehr wohl auch in der Lage, Sie das eine oder andere Mal verbal zu korrigieren.

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Wir helfen immer gern!]

Das ist sehr nett, dass Sie sich selbst mit „wir“ bezeichnen. Das machen wir ein bisschen anders.

[Lachen bei den PIRATEN]

Also: Wir sind jetzt in den Beratungen. All das, was hier angesprochen wurde, haben wir genauso auf dem Schirm. Wir werden bei den Bezirken miteinander reden, wir werden bei dem Thema Stadtwerke miteinander reden, wir werden über Tegel miteinander reden. Wir werden übrigens auch über Arbeitsmarktpolitik miteinander reden – damit das nicht in Vergessenheit gerät. Nur: Wir müssen es alles in eine Priorität schieben, wir müssen es am Ende zusammenpacken. Das wird uns allerdings gelingen. Und das wird uns deshalb gelingen, weil wir auf Sie nicht hören werden. Das ist der Punkt. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Lachen bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! Für die Fraktion Die Linke jetzt Frau Dr. Schmidt! – Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben jetzt das Wort!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schneider! Herr Nußbaum! Haushalt ist für mich keine Frage des Glaubens, sondern der Fakten. Fakten? Keine Leute? – Keine Leute! In einem Bezirk warten die Eltern inzwischen drei Monate auf das Elterngeld. In einem anderen Bezirk ist die Hortanmeldestelle zu Beginn des Schuljahrs wegen Personalmangels ge-

schlossen worden. – Die Zahl der Asylsuchenden in Berlin steigt stetig an, und die Beschäftigten im Landesamt für Gesundheit und Soziales melden: Land unter!

Erna Mischke ist in Prenzlauer Berg geboren und wohnt schon seit fast 70 Jahren in ihrem Kiez. Nun kann sie die Miete nicht mehr bezahlen und muss ausziehen. Auch Izmir K. muss sich mit seiner Frau und seinen beiden Kindern eine andere Wohnung suchen, weil die Miete über den Richtwerten der Wohnaufwendungsverordnung liegt.

Paula, ein autistisches Kind, spielt im Kindergarten am liebsten mit Julia. Beide kommen jetzt zur Schule, doch nicht in dieselbe, denn die Inklusion muss erst einmal warten.

Emil Klattke – seit vielen Jahren sucht er Arbeit, doch jetzt sitzt er erst einmal im fünften Computerlehrgang. Eigentlich ist er Handwerker. Bis zur Rente ist es nicht mehr lange hin. Jetzt treibt ihn die Sorge, dass die Rente nicht reicht und er Grundsicherung braucht.

[Zuruf von Oliver Friederici (CDU)]

Es sind eben nicht nur Erna, Izmir, Paula und Emil, die einen Anspruch darauf haben, dass Senat und Koalition endlich Lösungen bieten, nicht Glauben, Fakten und Lösungen bieten.

[Beifall bei der LINKEN]

Welchen Plan hat der Senat? – Noch immer verfolgt er ausschließlich das Ziel, bis zum Jahr 2015 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu realisieren. Die Begrenzung der Ausgaben, Zuwächse um die schon legendären, doch selten eingehaltenen 0,3 Prozent, die Stärkung der eigenen Einnahmekraft durch die erneute Anhebung der Grunderwerbssteuer, die Einführung der City-Tax, Anreize zur Anmeldung eines Hauptwohnsitzes bei Studierenden und flankierende Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sind die Mittel und Wege, die der Senat – ganz und gar nicht überraschend – aus der Zauberkiste holt. Und dabei soll die erneute Anhebung der Grunderwerbsteuer nicht etwa die Spielräume für Entscheidungen erweitern, nein, es sollen die Auswirkungen des Zensus abgefedert werden. Wie oft denn nun noch, Herr Nußbaum?

Das bestimmende Element des Haushaltsentwurfs des Senats ist die fehlende Entschlusskraft, die sich insbesondere auf der Ausgabeseite zeigt. Entscheidungen werden nicht getroffen, im günstigsten Fall verschoben, was sich insbesondere in der Investitionsplanung zeigt. Die Bauinvestitionen der Hauptverwaltungen verharren auch in den kommenden Jahren auf dem Planungsniveau der Vergangenheit, also bei rund 160 Millionen Euro. Investive Zuschüsse an Dritte werden insgesamt leicht abgesenkt, im Bereich der Stadtentwicklungsverwaltung sogar deutlich: keine Neubeginner, ZLB und ICC nur mit symbolischen Beträgen, wieder keine Entscheidung. Die TVO soll bis Ende 2017 ganze 1,5 Millionen Euro Planungs-